

Aufwärts

Bezugspreis:

Ersteinst. wöchentlich sechs Mal. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk.
Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Restam-
te 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluss der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 260.

Bielefeld-Bethel, Donnerstag, den 6. November 1919.

Jahrgang 1.

Das füllt mit Jubel, füllt mit Klage
Die Blätter der Geschichte Jahr für Jahr:
Die Menschheit schreiet fort mit jedem Tage,
Der Mensch bleibt immer, der er war.

Emanuel Geibel.

Das neue Deutschland.

Mit täglich wachsendem Staunen, zumeist gemischt mit heimlichem Grauen, verfolgen Freund und Feind die Anstrengungen, die das deutsche Volk macht, sich wieder zu erheben aus dem Staube, in den es zuerst durch die gewaltige Übermacht seiner Gegner, dann durch innere Wirren und schließlich durch die Härte des Friedensvertrages herabgedrückt worden ist. Alle die Eigenschaften, die Präsident Wilson am deutschen Volk so hoch bewundert hat, betätigen sich nach und nach wieder in vollem Umfang, nachdem sie in den durch die militärische Katastrophe und den Zusammenbruch der Monarchie entseelten Stürmen unrettbar verloren gegangen schienen. Noch allerdings bedürfen die Zustände einer ganz bedeutenden Festigung, ehe sie auch nur annähernd die Bezeichnung „Normal“ verdienen, aber schon die Tatsache, daß überhaupt ein Streben nach Gesundung wieder vorhanden ist, läßt die Aussichten für die nächste Zukunft in einem weniger trüben Licht erscheinen, als man es noch vor kurzem für möglich gehalten. Das heißt: in einem weniger trüben Licht für diejenigen, die aus diesen Anzeichen nicht sofort wieder Kapital zu schlagen versuchen gegen Deutschland, wie beispielsweise unser früherer Botschafter in Rußland, Herr David R. Francis, der vor der Wiedererwachen Tatkraft und Arbeitslust des deutschen Volkes als einer Weltgefahr warnt. Und das will nun ein großer Staatsmann sein! Schon vom rein praktischen Standpunkt aus, der doch sonst für Herrn Francis der ausschließliche maßgebende ist, sollte unser großer St. Louiser Staatsmann die wirtschaftliche Wiedererstarbung Deutschlands mit Freuden willkommen heißen; da nur durch sie eine allmähliche Abtragung der Kriegsschuldung möglich ist — von ethischen Rücksichten ganz abgesehen, aber die wollen wir lieber nicht hier erwähnen, es würde grotesk klingen. Indessen ist Herr Francis nicht der einzige, der vor dem neuen Deutschland warnen zu müssen glaubt; besonders in der französischen Presse begegnen wir der gleichen Tonart, aber da ist es uns verständlicher als aus dem Munde eines Mannes, der als Präsident der St. Louiser Weltausstellung durchschnittlich an sieben Tagen der Woche Reden zur Verherrlichung deutscher Intelligenz und Tüchtigkeit hielt. Außerdem erwiesen sich auch bei dieser Gelegenheit die Franzosen als Leute, die Geschäft und Gefühl streng auseinander zu halten wissen, indem dieselbe Presse, die täglich vor dem schwarzen Mann aus dem deutschen Wetterwinkel die schauerlichsten Warnungsrufe ausstößt, mit gleicher Dringlichkeit ihre Landsleute ermahnt, doch ja mit möglicher Mäßigkeit wieder in Geschäftsverbindung mit den verruchten Boches zu treten, damit ja nicht etwa die schlauen Yankee den ersten Rahm abschöpfen. Daß die Engländer allen beiden zuvorgekommen sind, den Franzosen sowohl wie den Amerikanern, und überall sich bemühen, die durch den Krieg zerrissenen Fäden wieder aufzunehmen, sei nur so nebenbei bemerkt.

Inzwischen geht das neue Deutschland unentmutigt weiter auf dem dornigen Pfad, auf den es durch den Frieden der Menschlichkeit und Gerechtigkeit angewiesen ist, in der Hoffnung, daß die Friedensmacher selbst allmählich sich von der Unerfüllbarkeit ihrer Forderungen überzeugen und dann aus eigenem Antriebe die schlimmsten Fäden mitlernen werden. Dieser Überzeugung hat kürzlich der deutsche Auslandsminister in nachstehender Erklärung Ausdruck gegeben:

„Das deutsche Volk hat bereitwillig abgerüstet, denn es hofft und wünscht, seinen Teil dazu beizutragen, daß künftig Recht, nicht Gewalt herrschen soll. Das Ideal der Friedensfreunde aller Länder wird jedoch erst erreicht sein, wenn eine allgemeine Abrüstung zu Wasser, zu Lande und in der Luft eingeleitet hat.

Die Nationen, die nicht zur Mitgliedschaft in einem Völkerbunde verdammt sind, deren Rechte sogar besser ge-

schützt sind als zuvor, müssen sich zu einem echten Völkerbunde zusammenschließen. Der von der Friedenskonferenz in Versailles geschaffene Völkerbund ist eine taube Mause, ein Körper ohne Geist. Was ist denn ein Völkerbund, dem 60 Millionen Deutsche und 120 Millionen Russen nicht angehören? Trauen seine Begründer sich selbst nicht? Oder ist es Mißtrauen gegen uns, das gleichzeitig einen Glauben an die Unvernünftigkeit unserer Macht verrät? Auch wir glauben an unseren Wiederaufbau, aber nicht durch Gegen-Allianzen. Wer in der Hoffnung auf die letzteren lebt, der hängt noch an alten Ideen. Wir wollen uns nicht wieder bewaffnen, aber die anderen sollten lernen, die Waffen niederzulegen.

Wir haben unseren Wiederaufbau und einen echten Völkerbund zum krönenden Ziel unserer Politik gesetzt, den Völkerbund gleichzeitig als Mittel zum Wiederaufbau.“

Tiefste Worte, aber ebenso frei von Entmutigung wie von Überhebung — die christliche Überzeugung eines Mannes, der den Glauben an sein Land nicht verloren hat. Wie sehr legen die von allen Seiten jetzt hier eintreffenden Zuschriften aus Deutschland bereites Zeugnis ab; selbst die trübsten Schilderungen über erduldeten Leiden klingen hoffnungsvoll aus — zum Untergehen ist das deutsche Volk noch lange nicht reif.

Eine Freundin aus St. Louis sendet uns obigen Artikel aus einer Zeitung ihrer Stadt in Amerika. Die jetzt in Deutschland wieder eintreffenden Privatbriefe geben die verschiedenartigsten Auffassungen wieder, wie man sich für die Zukunft das Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika denkt. Die einen glauben, nach der Niedertracht, mit der die Amerikaner und ihr Präsident Deutschland während des Krieges und beim Friedensschluß behandelt habe, sei an friedliche Zusammenarbeit in absehbarer Zeit nicht zu denken. Andere sind der Meinung, daß Willen es ehrlich gemeint, die sich ihm widerlegenden Mächte aber unterschätzt habe, daß aber der von ihm vertretene Gedanke sich doch durchringen werde und Deutschland gut tue, mit Vertrauen Anlehnung an Amerika zu suchen.

Wie aber selbst frühere Deutsche das Leben in der neuen Welt einschätzen, das zeigt nachfolgendes kleine Gedicht, von derselben Freundin eingesandt:

Die Freiheit in Amerika.

Es wird die Freiheit hier gepriesen
In lautem, doch nicht klarem Klang
Und hat sich uns so oft erwiesen
Als puritanisch enger Zwang.

Der Sonntagszwang, wie graue Schleier,
So liegt er über diesem Land;
Die Sonntagsfeier, fromm und freier
Ist schön im alten Vaterland.

Amerikas Mosaikerte
Erbaut durch Immigration —
Sorgt, daß es einst zum Spielball werde
Für eine einzige Nation.

Die Bürgerpflicht tat ohne Ranken
Der Deutsche einft und bis zu Lebt
Und auf die Herzen und Gedanken
Ist, Gott sei Dank, kein Zoll gelegt.

Marie Raible.

Aus einem alten Buche.

Es überkommt einen ein eigenes Gefühl, wenn man in Büchern aus vergangenen Jahrhunderten auf Stellen stößt, welche die Verhältnisse damaliger Zeit schildern und doch so genau auf unsere Zeit passen, als wären sie gestern geschrieben. Der Jammer der Gegenwart packt einen dann aufs Neue. Aber andererseits ist einem der Gedanke tröstlich: Es ist also noch nicht aller Tage Abend, es ist noch

kein Grund zum Verzweifeln; hat sich das Land vom damaligen Elend, das seinesgleichen nicht zu haben schien, wieder erholt, hat Gott sich über die Kinder jener Zeit erbarmt und sie wieder aufgerichtet und wieder gut gemacht, was die Menschen schlecht gemacht hatten — warum sollten wir ihm das heute nicht auch zutrauen? — Ich gebe im Folgenden einige Stellen aus einem Buche wieder, das nicht lange nach der Revolution von 1848 geschrieben worden. Der Leser mag dabei denken, was er will.

Was ist Revolution? Sie ist die Gründung des ganzen öffentlichen Zustandes auf den Willen des Menschen, statt auf Gottes Ordnung und Fügung. Sie wälzt um, sie setzt zu oberst was zu unterst sein soll und umgekehrt. Den Menschen macht sie zum Ursprung und Mittelpunkt der sittlichen Weltordnung, die Untertanen zu Herren ihrer Obrigkeit, Menschenrechte verkündet sie ohne Pflichten, sie läßt den ganzen Sündensklamm der Volkseidenschaft, den die obrigkeitliche Macht in der Tiefe niederhalten soll, emporsteigen zur Höhe der Gewalt. Sie ist der Rationalismus auf politischem Gebiete. Der Mensch stößt im Herzen Gott vom Throne und setzt sich auf dessen Stuhl. Das ist die Urmwälzung. Alle andere Umwälzung ist Folge davon.

Die echten Jünger Robespierres wollten nichts von der Freisinnigkeitsweisheit der Bankiers wissen, die, im Prinzip mit ihnen eins, doch piano! piano! riefen, damit Wörtern, Beuteln und Komfort unversehrt blieben. Klöster möge man zerstören, Kirchen berauben, Pfaffen hängen, Adel und wirkliches Königtum beseitigen, aber Mammon, dem Reichen, der die Welt trage, dürfe kein Leid geschehen! — Mit Entsetzen folgte M. der greuelhaften Kopie der Pariser Untaten in Berlin; der König nicht mehr sicher, der Thronfolger flüchtig, die Minister insuliert, das Zeughaus geplündert, das Heer weichend vor Menschen, von denen ein Soldat von 1813 sagte: Hätte ich hundert meiner alten Kameraden, ich würde das Lumpenpad der Halsabschneider wie Dred von der Straße fegen. Friedrich Wilhelm IV. erfuhr etwas von den Qualen Ludwigs XVI. und Karls I.; im Gebete durchdrang er die furchtbaren Stunden seines Lebens. Er konnte es sich nicht abgewinnen, den Aufruhr in Blut zu erstickend, dafür ließ der ihn seine dämonische Macht fühlen. „Der Nero des Jahrhunderts“, „ein Scheusal, für das der Tod eine Gnade sei“ — so nannte man öffentlich den königlichen Befehl von Gottes Gnaden, der im Propheten Jeremias Trost fand. M. litt unaussprechlich um den König, er hätte den Himmel schreien mögen vor Schmerz. „Wenn doch aus all dem Jammer ein Auferstehungstag des einigen Deutschland geboren würde! Aber daran ist nicht zu denken; wir werden die Klage- und Tränenpalmen beten lernen. Wie schwer ist das Leben in dieser unheimlichen Welt! Ein Abgrund der Gottlosigkeit überall, und es fehlen die Helden, welche die Fesseln um sich sammeln, die die Dämme gegen die Fluten des Verderbens bauen können.“ Nirgends sah er einen Stern, umgeben von den Geistern des Aufruhrs lernte er Davids Klagen über die Gottlosen verstehen und suchte die Wogen seines Herzens mit dem Worte der Schrift zu stillen: „Erzürne dich nicht über die Übeltäter.“ — Was vermochte gegen die entfesselte Wut des Pöbels ein Parlament, das in seiner ersten Abstimmung das Gebet ächtete, in dem die Anklagen auf Jakobinismus einerseits, Reaktion andererseits wie feurige Kugeln hin und her flogen. Umschloß doch dieses Parlament neben Männern ebenso viele Kerle. Neben Radowik, Stahl, Gagern, Philipps, Uhland, Jakob Grimm, deren Denkmal auf 7, 5 Jieren könnte (er hat unser Volk lieb), saßen Reichsanarienvögel, Reichsschafe und Reichshühner, an die sich eine Bruderschaft des Berges aus Abenteuer, Raubgesindel und Journalisten schloß. Diese Gesellschaft wollte dem deutschen Volke ein Haus bauen auf Jahrhunderte, indem sie Baupläne in die Luft des Möglichen zeichnete und sich einbildete, Gesetze ließen sich schaffen und Institutionen gründen, indem man ein paar Zeilen auf ein morgen vergessenes Stück Papier schreibt. Keine Hütte brachten sie zustande, in der auch nur ein Tagelöhner hätte wohnen wollen. Freiherr von Stein sagte oft: Ich muß abbrehen, wenn ich auf das Kapitel vom Unsinn meines Zeitalters komme, es ist zu weitläufig.

E. Zeller.

Die Verkehrsperre.

Weitere Einschränkungen geplant.

Nach einer Mitteilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten ist die anlässlich der Erörterungen über die Einstellung des Personenverkehrs in der Zeit vom 5. bis 15. November verbreitete Nachricht, die Eisenbahnverwaltung beabsichtige zur Ermöglichung eines beschränkten Personenverkehrs an Bäume, die bisher als reine Güterzüge gefahren wurden, Personenwagen anzuhängen, unzutreffend. Es kann daher nur davor gewarnt werden, auf eine Beförderungsmöglichkeit dieser Art zu rechnen. Anträge auf Zulassung von Reisenden zur Mitfahrt in Güterzügen sind zwecklos.

Um den verfügbaren Wagenpark für Zwecke der Allgemeinheit voll nutzbar zu machen, stehen weitere Maßnahmen des Reichsverkehrsministeriums unmittelbar bevor. Durch diese Anordnungen wird die eigenmächtige widerrechtliche Verwendung von Wagen unterbunden und unter strenge Strafe gestellt. Soweit bei Privatwagen für Kohlenversandungen die Gefahr besteht, daß durch ihre Benutzung die gleichmäßige Verteilung der Kohlen beeinträchtigt wird, werden sie der Verwendung für die Allgemeinheit zugeführt werden.

Paket- und Wertbriefverkehr für kurze Zeit.

Folgt der bevorstehenden Einstellung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen fällt die Möglichkeit fort, die Postsendungen in den Schnell- und Personenzügen zu befördern, die hinsichtlich der Beförderung und Zeitungen ausschließlich für deren Beförderung benutzt wurden. Infolgedessen können auf den Hauptstrecken nur noch Güterzüge und im übrigen Güterzüge für den Postversand benutzt werden. Die damit verbundene Anschaffung einer großen Zahl von Wagniswagen macht es notwendig, die Annahme von Wertbriefen und Paketen (ausgenommen Medikamente und Pressesendungen) für kurze Zeit zu sperren, damit die bereits unterwegs befindlichen Sendungen noch dem Bestimmungsort zugeführt werden können und ihr Inhalt nicht der Gefahr des Verderbens ausgesetzt wird.

Auch der Telegrammverkehr erhält Beschränkungen.

Die mit der Beförderung der Briefpost durch die Güterzüge verbundene Verzögerung der Postschickung wird einen starken Anstoß auf Telegraph und Fernsprecher zur Folge haben. Beide Verkehrsmittel sind schon jetzt bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet. Um den Telegraphen für die wirklich wichtigen Telegramme betriebsfähig erhalten zu können, wird deshalb die Annahme von Glückwunsch- und Begrüßungstelegrammen sowie von Telegrammen in nicht dringenden Familienangelegenheiten und dergleichen bis auf weiteres eingestellt. Es liegt im Interesse der verkehrstreibenden Kreise, die Benutzung von Telegraph und Fernsprecher auf die wichtigsten und dringenden Fälle zu beschränken und bei Abfassung der Telegramme sich der gedrängtesten Kürze zu befleißigen.

Die Zugankünfte im besetzten Gebiet.

In der Frage der Zugankünfte im besetzten Gebiet haben Verhandlungen zwischen einem Vertreter der preussischen Eisenbahndirektion und der alliierten Eisenbahnkommission in Trier, ohne die eine Veränderung des Fahrplanes nicht vorgenommen werden darf, stattgefunden. Die Entente stimmte grundsätzlich der Verkehrsbeschränkung zu, verlangte aber je ein Zugpaar täglich auf den Schnellzuglinien wie auf den Nebenbahnen. Ferner muß der internationale Zugverkehr Köln-Paris und Köln-Erfurt aufrechterhalten bleiben. Die Abmachungen unterliegen aber der Genehmigung des Reichsverkehrsministeriums. Da nach der deutschen Erklärung der Verkehr

der Arbeiterzüge nicht vermindert wird, dürfte in dem vorwiegend industriellen Gebiet kaum die Hälfte der Bäume in Fortfall kommen.

Auflösung der Friedenskonferenz?

Noch keine Lösung der Fiumefrage.

Mit großer Befürchtung bringen die italienischen Blätter die amtlich veröffentlichte Nachricht, daß die Pariser Konferenz sich zum 30. November auflösen wird, auch wenn die Fiumefrage noch nicht erledigt ist. Laut „Corriere della Sera“ drängen England und Amerika auf schnellen Friedensschluß mit Bulgarien und Einsetzung einer geordneten Regierung in Budapest, um danach die Konferenz auflösen zu können, wogegen Frankreich einer solchen Forderung nicht zustimmt, deren Folgen die Verweisung der noch unerledigten Fragen, insbesondere des Friedens der Türkei und des schicksals Kleinasien, vor eine Vorkammerverhandlung unter dem Vorsitz des englischen Außenministers sein würde.

Ob eine Regelung der Fiumefrage ist aller Voraussicht nach vorläufig nicht zu denken. Wilson hat sich bisher für eine Annexion Fiumes durch Italien nicht entscheiden können und beharrt immer noch auf der Internationalisierung des Fiumer Hafens mit dem Einschluss jedweden italienischen Vorrechtes. England scheint nach wie vor fest entschlossen zu sein, Wilson in seiner unerbittlichen Haltung Italien gegenüber zu unterstützen. In der letzten Zeit zeigt sich, nach der „New York Sun“, immer mehr, daß die englische und die französische Diplomatie mehr und mehr auseinandergehen. Solange die Fiumefrage aber nicht erledigt ist, wird auch der Friede mit Ungarn nicht zustande kommen. Die amerikanische Regierung rechnet bereits mit dieser Möglichkeit und hat ihren Vorkammergebiet zur Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Ungarn ermächtigt, wenn der Friede mit Ungarn bis zur Auflösung der Friedenskonferenz nicht zustande gekommen ist.

Der Vorsitz im Völkerverbund.

Den Genfer Blättern zufolge soll Präsident Wilson die Absicht haben, auf den Vorsitz im Völkerverbund zu verzichten und seinen Platz an Herrn Paul Hymans, den belgischen Minister des Auswärtigen, abzutreten. Wie die Blätter hinzufügen, soll dies ein Entgegenkommen des Präsidenten Wilson gegen das belgische Königsgepaar darstellen, das auf seiner Reise nach Amerika auch den Zweig verfolgte, die Verlegung des Sitzes des Völkerverbundes von Genf nach Brüssel zu erwirken. Die Stadt Genf bliebe also Sitz des Völkerverbundes und Belgien erhielte auf diese Weise eine Kompensation.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 4. November.

In Beantwortung einer Anfrage Müller-Prism (Str.) über die Erziehung einer Person gelegentlich einer gewaltsamen Kartoffelbeschaffung im Dorfe Kleinseid gibt ein Regierungsvertreter einen Tatbericht. Danach wurde eine Sonderkommission nach Verhandlungen mit dem Bürgermeister von einer bewaffneten Menschenmenge bedrängt; von nicht festgestellter Seite liefen Schüsse, durch die ein Mann getötet wurde. — Dieser die Korruption auf den Grenzstationen des Eisenbahnverkehrsbezirk Elberfeld wird der Landesversammlung der Bericht des Untersuchungsausschusses in den nächsten Tagen zugehen. — Auf eine Anfrage über die Bewertung der Kriegsanleihen im

Porten der Hölle sie nicht überwinden werden, doch so klar und deutlich diese traurige Entwicklung voraus sieht. Nichts Erläuterteres gibt es, als eine Gemeinde, die Pfingsten erlebt hatte und die furchtbaren Christenverfolgungen der römischen Kaiserzeit siegreich überwand, in diesen Zustand versinken zu sehen. Aber das ist nicht das Wesentliche, was Christus uns hier sagen will. Das eigentlich Bedeutsame in Jesu Botschaft liegt in der Tatsache einer Erweckung, welche die ganze Kirche nach einmal erfasst. Es ist nicht eine Erweckung Einzelner, sondern aller.

Wann tritt diese Erweckung ein? Es heißt um Mitternacht, in der dunkelsten Periode, in der tiefsten Nacht, da alles am aussichtslosesten erscheint. Ja, man kann sagen, es kommt in einer Zeit, da man es am wenigsten denkt. Wir fragen uns, ob wir nicht jetzt vor dieser Erweckungszeit der Gemeinde stehen.

Aber nun das andere. Wie kommt es zu dieser Erweckung? Durch den Ruf „der Bräutigam kommt“ d. h. durch die Botschaft, daß die Wiederkunft Christi vor der Tür ist. Diese Botschaft ist nicht hervorgegangen aus der Phantasie irgend eines Schwärmers, sondern es ist eine von Gott gegebene Botschaft. Dieser Gedanke, die unmittelbare Wiederkunft Christi steht bevor, bringt die allgemeine Erweckung zustande. Dabei erinnern wir uns, wie Christus als Zeichen der Endzeit mitten in der Schilderung der letzten Ereignisse darauf hinweist, daß das Evangelium vom Reich wird gepredigt werden allen Völkern. Wir müssen unterstreichen die Worte vom Reich. Diese Verkündigung bekommt ein eigenes Gepräge dadurch, daß wie im Anfang, die Botschaft von dem kommenden Königreich Christi, von dem Reich Gottes gebracht wird. Nicht durch menschliche Macht, sondern durch Geisteswirkung von oben, wird dieser Gedanke lebendig in der ganzen Gemeinde, in der Gesamtheit der Kirche: Die Stunde ist da! Das bringt eine umfassende Wendung zustande. Das Bewußtsein der Verantwortung erwacht, die Augen öffnen sich für den Ernst der Lage, das Ohr vernimmt die Mahnungen Gottes, der Geist der ersten Zeugen weht in der Gemeinde.

Und nun noch eine letzte Frage: Welche Folgen zeitigt diese Erweckung bei der Gemeinde? Es wird offenbar, daß es zweiertei Christen gibt, eine Scheidung tritt innerhalb der Kirche ein, das meint Christus, wenn Er von den törichten und den klugen Jungfrauen spricht. Sie verurteilen einander nicht, sie sind sich selber voll und ganz des Unterschiedes bewußt. Der Mangel an

Jahresabschluss der Sparkassen wird eine Ausstellung dahin gegeben, daß die Angelegenheit von Reichs wegen geordnet wird.

Der Gesetzentwurf über die Veränderung der Amtsgerichtsbezirke Heiligenstadt und Worbis wird ohne Aussprache in erster und zweiter Beratung angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzes über die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden.

Abg. Kade (Dem.) beantragt Rückverweisung an den Rechtsausschuß zur Ausarbeitung eines neuen Entwurfs.

Abg. Hubert (Soz.): Die Verordnung der Volkshausauftrag die durch den Gesetzentwurf bestätigt wird, war eine Notwendigkeit, denn ein Hauptziel der Revolution war die Durchsetzung der Staatsbürgerlichen Freiheit und der Gewissensfreiheit.

Abg. Fackender (Zentr.): Die Sozialdemokratie hat sich immer mehr zur Religionsfeindin entwickelt. Widerspruch bei den Soz.). Gerade in der jetzigen Zeit ist die Religion ein wichtiges Erziehungsmittel. Religion und Kirche lassen sich nicht trennen. Wir können es nicht billigen, daß durch eine einfache Erklärung beim Gerichtsschreiber der Austritt aus der Kirche erfolgen soll.

Abg. Dr. Heinehard (Dn.): In Deutschland bestand schon früher die Gewissensfreiheit: Wer aus der Kirche austreten wollte, konnte es tun. (Lachen links.) Die Kirche ist notwendig für die Mitarbeit unseres Volkes zur sittlichen Hebung.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Die Freiheit des Religionsaustritts stand unter dem alten System nur auf dem Papier.

Abg. Dr. Leibig (D. Vp.): Unsere Kirche steht noch fest und ist im Bewußtsein und Bewußtsein weitest Volkstreue verankert. Wer austreten will, muß die Möglichkeit zu reiflicher Überlegung haben.

Bei der Abstimmung über den demokratischen Antrag auf Rückverweisung macht sich Auszählung erforderlich. Bei der Auszählung bleiben die Abgeordneten von rechts bis zu den Demokraten stehen. Damit ist das Haus beschlußfähig.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Kleine Botschaften, Handelsrat, Abstimmung über Anträge und Res. von heute

Die Friedensmöglichkeiten.

Weitere Aussagen des Herrn v. Bethmann Hollweg.

Vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung ging am Dienstag die Befragung des früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg weiter. Auf die Bitte des Vorsitzenden Dr. Wasmuth hat Herr v. Bethmann seine Aussagen vom Freitag.

Die Frage, ob der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Baron v. Burian über unsere Friedenssanktion unterrichtet worden sei, beantwortete Herr v. Bethmann Hollweg dahin, daß Österreich selbstverständlich fortlaufend orientiert gewesen sei über unseren Friedensschritt, eine allzu genaue Orientierung pflege jedoch auch Bundesgenossen gegenüber nicht gebräuchlich zu sein. Das Entscheidende sei gewesen, daß Burian völlig im Klaren darüber sein mußte, daß der deutsche Politik ein Friedensappell Wilsons erwünscht war.

In seinen weiteren Ausführungen setzt Herr von Bethmann Hollweg auseinander, daß das gleichzeitige Verleihen des Wilsonschen Friedensappells und des eigenen Friedensschrittes kein unzulässiges Doppelgespräch überhaupt kein Doppelspiel war. Der Vorwurf eines unethischen Doppelspiels würde ihn höchstens treffen, wenn er, während er die Wilsonsche

innerem Leben tritt bei den einen klar und deutlich hervor. Und worin besteht dieser Mangel? Die einen haben Lampen und Öl, die anderen Lampen und kein Öl. Das Bild ist klar, niemand kann darüber im Zweifel sein. Die Lampe, das notwendige Gefäß, sind die äußeren Formen, die Gewöhnung teilzunehmen an bestimmten Einrichtungen in der christlichen Kirche, dieselben sind zwar nötig, denn ohne dem fehlt es an dem Ölbehälter. Mag sein, daß in diesen sogenannten Gemeindevorfällen große Unterschiede bestehen, so große Unterschiede wie in der Mannigfaltigkeit der Kirchengebäude, hier kostbar und glanzvoll, dort nüchtern und arm. Aber nun offenbart sich das gewaltig Trennende, das bisher verbodet und verborgen war. Der einen Hälfte fehlt es an dem nötigen Öl. Was ist eine Lampe ohne Öl? Sie ist wertlos, sie kann nicht leuchten. Christen ohne den Heiligen Geist sind nicht das Licht der Welt. Ja, Christus geht hier noch einen Schritt weiter, die törichten Jungfrauen haben etwas Öl geholt, ihre Lampen brannten, aber es reichte nicht aus. Fehlt es an Öl, an Geistesleben, dann ist alles verloren. Das wird in diesen Tagen der letzten großen Erweckung klar ans Licht kommen. Die Gemeinde erwacht und wo das geschieht, gibt es Scheidung und Entscheidung, die Wahrheit oder den Schein, das Leben oder nur eine Form, Heiligen Geist oder innerliche Leere.

Die „Predigt vom Reich“ umfaßt in ihrer schlichten, aber wichtigen Einsicht die ganze Fülle der Gaben Gottes in Christo Jesu an die verlorene Menschheit. Dadurch entsteht diese letzte große Bewegung. Im allgemeinen sind wir Diesseitigkeitsmenschen geworden. Es gibt nur dann eine völlige Veränderung dieser Gesinnung, wenn wir von der Wiederkunft Christi, die diese Botschaft versiegelt, alles für die Welt erwarten. Das kann man nicht mit menschlichen Mitteln erreichen, Gott muß es selber tun.

Aber eins wird und muß uns klar werden, daß eine Geistesbewegung in der Kirche Scheidung bringt. Der Heilige Geist verbindet sich nicht mit dem Fleisch. Paulus versteht unter „Fleisch“ das Selbstwollen, das Selbstwahrnehmen, Selbstvertrauen, das Selbstbewußtsein. Das eigene Weisheit und die eigene Gerechtigkeit am Werk, da kann man viel arbeiten, schaffen, man baut auf, doch Gott reißt es nieder. So muß das Fleisch gerichtet werden. Und das geschieht am Kreuz.

(Fortsetzung folgt.)

Apokalypse (Offenbarung) *

Von P. Lohmann.

XL. Die größte Erweckung.

Die größte Erweckung innerhalb der Christenheit liegt in der Zukunft. Wir haben in der Vergangenheit gewaltige Erweckungen innerhalb der christlichen Kirche gehabt. Im Mittelalter war wohl die mit dem Namen der Waldenser verknüpfte Bewegung die bedeutendste, denn ihre nachhaltigen Fortwirkungen gingen durch Jahrhunderte. Nach dieser und entscheidender war die Reformationsbewegung drei Jahrhunderte später. Und dann wieder die Bewegung des Pietismus mit ihren Abzweigungen der Brüdergemeinde und des Methodismus. Wir stehen gegenwärtig noch unter den Nachwirkungen all dieser Erweckungsbewegungen, aber Größeres liegt vor uns. Diese Erwartung ist nicht ein Ausfluß des natürlichen Sehns und Hoffens, sondern gründet sich auf ein klares, bestimmtes Wort Christi. Christus hat die Endentwicklung, soweit sie Seine Gemeinde betrifft, gekennzeichnet mit der Parabel Matth. 25, 1—13. Er beginnt mit den Worten: „Dann wird das Himmelreich gleich geworden sein“, dies „dann“ weist hin auf die Zeit vor der Wiederkunft Christi. Dann werden die Zustände sich in dieser Weise entwickeln, wie sie hier geschildert sind. Christus kennzeichnet den Zustand Seiner Kirche in dieser Periode mit den Worten: „Sie wurden alle schlaftrig und entschliefen.“ — Diese Ausdrücke sind mit Vorbedacht gewählt. Es heißt nicht, daß die Kirche völlig erloschen ist. Es ist nicht von einem geistigen Tode die Rede, sondern von einem Schlaf. Im Schlaf ruhen die Sinnesorgane, aber die Lebensfunktionen gehen fort. Dies das Bild geistlichen Schlafes der Kirche in dieser Periode. Die Gemeinde ist mehr und mehr erschlafft, die Spannkraft ist gewichen, ein Zustand der Passivität und Gleichgültigkeit eingetreten. Wie der Schlafende nicht hört und nicht sieht, so ist die Kirche taub geworden gegen die Stimme Gottes, sie vernimmt nichts und hört nichts von den Dingen der oberen Welt. Ist es nicht überraschend, wenn Christus, der von Seiner Gemeinde sagte, sie sollte die Botschaft des Evangeliums bis an die Enden der Welt bringen, daß die

*) Nachdem wir vor einiger Zeit diese Artikelreihe unterbrechen mußten, bringen wir jetzt die Fortsetzung bis zum Schluß. Die Aufsätze sind im Zusammenhang in einem Heft bei Koezle, Chemnitz, erschienen.

...eine Auswirkung
...von Reichs-
...der Amts-
...Vor bis wird
...Beratung an-
...über die
...der Kirche
...meinden.
...überweisung an
...ines neuen Ein-
...ng der Volksbe-
...f bestätigt wird,
...auptziel der Na-
...atsbürgerlichen
...ndemokratie hat
...entwickelt. (Wi-
...der letzten Zeit
...smittel. (Herr
...men. Wir kön-
...e einfache Ge-
...stritt aus der
...schland Bestand
...aus der Kirche
...schen (Herr). Die
...unseres Volkes
...freiheit des Ri-
...stems nur auf
...kirche steht noch
...steln weiter
...will, muß die
...ben.
...demokratischen
...Ausführung er-
...den die Abge-
...okraten drän-
...gig.
...kleine Vor-
...träge und Re-
...seiten.
...Herrn v. Beth-
...Nationalver-
...ung des frü-
...n Hollweg
...den Dr. War-
...eine Auslagen
...ngarische Mi-
...über unsere
...beantwortet
...ag Österreich
...wefen sei über
...Orientierung
...über nicht ge-
...sei gewesen.
...sein mußte.
...pell Wilsons
...fest Herr von
...gleichzeitige
...ells und des
...ffiges Dop-
...Der Vor-
...re ihn höch-
...die Wilsonsche
...deutlich hervor-
...haben Lampen
...es Bild ist klar.
...ie Lampe, das
...n, die Gewöh-
...nungen in der
...denn ohne dem
...in diesen so ge-
...schiede bestehen.
...galtigkeit der
...dort nuchtern
...tig Trennenbe-
...einen Hälfte
...mppe ohne die?
...isten ohne den
...Ja, Christus
...en Jungfrauen
...nen, aber es
...eben, dann ist
...lechten großen
...einde erwacht
...Entscheidung.
...der nur eine
...orer schlichten,
...Gaben Gottes
...Dadurch ent-
...inen sind wir
...ur dann eine
...wir von der
...gelt, alles für
...t menschlichen
...den, daß eine
...bringt. Der
...e. Paulus
...n, das Selbst-
...Dort ist die
...ne Gefühls-
...schaffen, man
...ß das Fleisch
...ung folgt.)

Friedensaktion betrieb, gleichzeitig an dem U-Boot-
Krieg gearbeitet hätte. Aber das habe er nicht ge-
tan. Darüber brauche er keine Ausführungen zu ma-
chen. Seine ganze Arbeit an der Friedensaktion sei
darauf gerichtet gewesen, den drohenden U-Boot-Krieg
durch Herbeiführung einer rechtzeitigen Friedensaktion
— die natürlich Aussicht auf Erfolg verspreche — zu
umgängen zu machen. Die amerikanische Regierung
wisse, daß bei der tatsächlichen Ergebnislosigkeit ihrer
fortwährenden Verhandlungen mit England, soweit solche
überhaupt stattgefunden haben, wir jeden Tag un-
entschieden konnter, von der freien Hand Gebrauch
zu machen. Amerika kannte die Gefahr herannahen-
der Entscheidung über den U-Bootkrieg aus dem Pro-
motto des Kaisers, zu dessen Ubergabe Graf Bern-
storff von der Reichsregierung ermächtigt worden war
und das er auch übergeben hat. In seinen Gesprä-
chen mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Gerard
hat er diesem wiederholt von den Umständen und von
den Kräften im Volk gesprochen, welche auf den U-
Bootkrieg drängten. Er selbst habe ihm dabei seine
Ansicht nicht verhehlt, daß der Druck auf den U-
Bootkrieg immer stärker, seine persönliche Stellung
immer unsicherer würde. Schließlich, am 21. De-
zember, also unmittelbar nach dem Wilsonschen Fried-
ensappell, erklärte der Staatssekretär Lansing in
einem vielbeachteten Interview, die Wilsonsche
Note sei ergangen, weil Amerika selbst
an die Schwelle des Krieges heranrücke.
Also nur um es sich handelt, mußte Amerika genau.
Von Professor Hoegsch nach Gerards Unter-
richtung über die deutschen Friedensbedingungen befragt, macht
Herr v. Bethmann Hollweg u. a. die bemerkenswerte
Ausgabe, daß der Vizepräsident nicht über alle Absich-
ten des Präsidenten Wilson unterrichtet gewesen sei.
Von Wilsons polnischem Stenographen hatte sein Ver-
treter in Berlin gar keine Ahnung. Ueberhaupt scheint
Herr Gerard nicht zu den Vertrauten Wilsons gehört
zu haben, denen er Einblick in die Haltungen seines
Herrn gewährt hätte.
Nachdem Dr. Einzheimer (Soz.) noch eine ein-
dringliche Belehrung darüber empfangen hat, daß man
im diplomatischen Verkehr nicht immer seine innersten
Gedanken auf der Zungenspitze zu tragen pflegt,
ist Bethmanns Befragung ziemlich unerwartet zu Ende.
**Die Vernehmung des Staatssekretärs
Zimmermann.**
Nach einer Stunde scharfen Hin- und Herfragens
wird der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen
Zimmermann von den Richtern gerufen. Er schwört
den Eid und nimmt an der linken Seite seines frü-
heren Kanzlers Platz. Den Akten zufolge hat das
auswärtige Amt den Grafen Bernstorff dahin in-
struiert, die Friedensaktion Wilsons sei unserm eigen-
en Friedensschritt vorzuziehen. In einer ver-
ständlichen Pressenkonferenz in Berlin hat der Zeuge
jedoch erklärt, daß wir unser Friedensangebot am
12. Dezember erlassen hätten, um der Aktion des
Präsidenten Wilson vorzuziehen. Der Zeuge sucht
bei seiner Vernehmung diesen Widerspruch dadurch
aufzulösen, die Deportation der belgischen Arbeiter
hätte in den Vereinigten Staaten inzwischen eine ver-
stärkte Stimmung gegen uns hervorgerufen,
daß der Friedensschritt vorläufig nicht zu erwarten
wäre. Uns aber kam es darauf an, den Frieden
so schnell wie möglich herbeizuführen. Wir wollten
einen weiteren Winterfeldzug vermeiden und wün-
schen einer Friedensschluß noch vor Weihnachten.
Nach Zimmermanns Aussage wird Herr v. Beth-
mann Hollweg über
**die zwangsweise Verhaftung der belgischen
Arbeiter**
vernommen.
Auf die Frage des Richteralters Dr. Ein-
zheimer, ob die politischen Bedenken Bethmanns, die
gegen die Deportation gesprochen hätten, gegenüber
der militärischen Notwendigkeit, die sie forderte, zu-
rückgesetzt werden mußten, und ob die Deportation
die Friedensaktionen schwer beeinträchtigt habe, meint
Herr v. Bethmann, es sei ihm doch zweifelhaft, ob
die Arbeiterdeportationen bei dem allgemeinen Haß
und dem großen Verteilungsfeldzug gegen uns aus-
schlaggebend gewesen wären. Bei der Ausführung der
Deportationen seien viele Dinge passiert, die beauer-
lich gewesen und gegen die er eingeschritten sei.
Gothel und Dr. Cohn gehen auf die Einzel-
heiten der schweren Frage ein. Dr. Cohn mit der
deutlichen Absicht, wieder einmal auf den Gegensatz
zwischen militärischer und politischer Leitung hinzu-
weisen. War es nicht klar, daß durch die „Verschlep-
pung“ der Belgier ein neues, grausames Element
in den Krieg eingeführt wurde? Bethmann Holl-
weg gibt Antwort, erst ruhig, dann in starker
Erregung:
„Wir dürfen doch nicht vergessen, wenn hier im-
mer von Grausamkeiten gesprochen wird, daß auch
wir uns in grausamer Zwangslage befan-
den. Durch die Blockade wurden unsere Frauen und
Kinder bedroht, vernichtet. Auch wir haben ge-
litten. Soll davon nicht gesprochen wer-
den?“
Zum ersten Male während der öffentlichen Ver-
handlungen des Untersuchungsausschusses geht ein lau-
tes Braven durch den Saal.
Schließlich geht es zu der Erörterung der mit
Österreich für unseren Friedensschritt vereinbarten
konkreten Bedingungen für einen Friedensschluß. Doch
auch diese Debatte geht zu Ende, ohne uns über Neues
unterrichtet zu haben.

Deutsches Reich

In ihrer Antwort auf den interalliierten Funkbruch
wegen des Verkaufs deutscher Schiffe in Holland
hat der Kaiser 11.12.1919 erklärt die deutsche Regierung sich be-
zogen. Die Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten.
Die Zeichnung der Spar-Prämien-Anleihe
bestimmt am Montag, den 10. November. Zeichnungen neh-
men entgegen jede Bank, jeder Bankier, jede Sparkasse und
jede Kreditgenossenschaft.
Die Kohlenkontingenz der süddeutschen Minister hat
von der Abicht, General Groener zum Reichsdirektor
für die Kohleverteilung vorzuschlagen, Abstand genommen.
Der bayerische Landwirtschaftsminister hat die
Zwangsgeldgabe der Kartoffeln und in den Städten
die Reiterkontrollen veräußert.

Für den Posten des Vorsitzenden des Deutschen Land-
wirtschaftsrats an Stelle des verstorbenen Grafen von Schö-
nlin-Wöhr ist der frühere preussische Landwirtschaftsminister
Dr. v. Schorlemer-Meser aussersehen.
Der Reichspräsident und die Mitglieder der Reichs-
regierung haben gegen den verantwortlichen Redakteur der
„Deutschen Zeitung“ wegen des Auslasses „Wie lange
noch?“ Strafantrag wegen Beleidigung gestellt.
Bei der Stadtratswahl in Bonn hat das
Zentrum 32 Sitze errungen, die vereinigten bürgerlichen
Parteien 11, die Sozialdemokratie 13, die Unabhängigen 2
und eine Mittervereingung ebenfalls 2 Sitze.
Die Flagge des Reichspräsidenten. Das Marine-
verordnungsblatt bringt einen Erlaß über die Flagge
des Reichspräsidenten (Reichsflagge mit Adler-
schilde in der Mitte), die Flagge des Reichsmeh-
rministers (Reichsflagge mit Eisernen Kreuz in der
Mitte) und die Reichskriegsflagge, in deren
bisheriges Muster der neue Reichsadler in der Mitte
und die Reichsflagge mit Eisernen Kreuz in der inne-
ren oberen Ecke aufgenommen sind. Der Zeitpunkt
der Einführung der neuen Reichskriegsflagge bleibt
vorbehalten.
**Die Reichsverordnung über die Erwerbslosenfür-
sorge** hat durch eine neue Verordnung des Reichsar-
beitsministers vom 27. Oktober 1919 in wesentlichen
Punkten eine Änderung erfahren. Die Verordnung
bringt die näheren Bestimmungen über die Winter-
beihilfe für besonders bedürftige Erwerbslose der
großen Städte, die schon kürzlich angefügt wurde.
Sie enthält weiter die ersten Bestimmungen über eine
produktive Erwerbslosenfürsorge. Der Reichsar-
beitsminister wird ermächtigt, Maßnahmen der Gemein-
den, die eine Entlastung der Erwerbslosenfürsorge
bedeuten, mit Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu
unterstützen. In den gleichen Gedankenkreis gehört
die weitere Bestimmung, daß den Erwerbslosen die
Erziehung eines neuen Berufes durch Zu-
schüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge erleich-
tert werden kann. Auf der anderen Seite bringt
die Verordnung die Bestimmung, daß der Reichsmini-
ster der Finanzen ermächtigt ist, Gemeinden, die
die zulässigen Höchstbeträge der Erwerbslosenunter-
stützung überschreiten, die Reichsbeihilfe zu
entziehen. Die gleiche Befugnis ist den Landes-
zentralbehörden für die Landesbeihilfe eingeräumt.
Diese Verordnung stellt den ersten Schritt zu einer
gründlichen Durchprüfung der Reichsverordnung über
Erwerbslosenfürsorge dar, die von der Reichsregierung
an Unternehmen mit den Landeszentralbehörden beab-
sichtigt wird. Auch diese Durchprüfung soll im Bei-
sein der produktiven Erwerbslosenfürsorge stehen.
**Verordnung der Provinz Oberschlesien bevor-
stehend.** Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des
Oberpräsidenten betraute Regierungspräsident Witt-
gad auf einer Vertrauensmännerversammlung der schles-
ischen Zentrumspartei die Erklärung ab, daß die Ver-
ständigung der Provinz Oberschlesien durch den Mi-
nister des Innern nicht bevorstehe. Die formalen
Schwierigkeiten, die seiner endgültigen Ernennung zum
Oberpräsidenten, sowie der Verkündung des Gesetzes
über die Bildung der Provinz Oberschlesien bisher
im Wege gestanden hätten, seien jetzt beseitigt.
Die Kommunalwahlen in Oberschlesien. Der
interalliierte Oberste Rat hat vor einigen Tagen eine
Anfrage wegen der bevorstehenden Gemeinderats-
wahlen in Oberschlesien an die deutsche Regierung ge-
stellt. Da es sich hier um eine rein preussische
Angelegenheit handelt, hat die Reichsregierung sich mit
dem preussischen Staatsministerium ins Benehmen ge-
setzt. Die Antwort der deutschen Regierung dürfte in
den nächsten Tagen zu erwarten sein. Die Gemein-
dewahlen sind auf den 9. November anberaumt wor-
den. Im allgemeinen lassen die zu den Wahlen auf-
gestellten Listen die erforderliche Geschlossenheit des
Deutschtums leider auch diesmal vermissen. Alle Par-
teien, einschließlich der Unabhängigen, haben eigene
Listen aufgestellt und wollen von einer Listenver-
bindung nichts wissen. Der Orte, in denen nur eine
einzige deutsche Liste unter Vereinigung aller politi-
schen Parteien eingereicht wurde, sind sehr wenige.
Die Polen haben sich überall an der Listenauf-
stellung beteiligt.
Kardinal v. Hartmann tödliche Erkrankung.
Das Ableben des Kardinals v. Hartmann wird stän-
dlich erwartet. Der Erzbischof war vor kurzem an
einer gänzlich ungesährlichen Gefäßkrankheit er-
krankt; jetzt ist Schwäche hinzugekommen und in den
letzten Tagen eine Gehirnblutung und eine teilweise
Sinnverwirrung. Eine Wiederaneignung des Kardinal-
bischofs scheint ausgeschlossen. Hartmann wurde 1851
in Münster geboren, wurde 1911 zum Bischof von
Münster, 1912 zum Erzbischof von Köln und 1914
zum Kardinal ernannt.
Der Grenzübergangsdienst im Westen. Wie
die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, immer läden-
loser durchgeführt. An der Grenze nach Lothringen
ist von Saarbrücken aus ein richtiger Grenzschutz zur
Bekämpfung des Schleutums, der Schmuggels und
des Schmuggels errichtet, der an die ersten Tage
des Weltkrieges erinnert. Auch die Stadtgrenzen sind
gesichert. Gendarmen und angeworbene Wachleute
aus der Zivilbevölkerung bilden die Postenketten. Alle
über die Grenze führenden Fahrwege sind mit Schlag-
bäumen verschlossen, die nur nach erfolgter Kontrolle
der ankommenden Fahrzeuge und Personen geöffnet
werden. Das Sondergericht für Wucher und Schieber
in Saarbrücken hat gegen zwei Schieber, die bedeutende
Mengen Schmalz verschoben hatten, eine mehrjährige
Zuchthausstrafe festgesetzt.
**Sicherheitswehr im rheinisch-westfälischen Indus-
triegebiet.** Da das rheinisch-westfälische Gebiet in die
5-Kilometer-Zone fällt, in der nach den Bestimmungen
des Friedensvertrages von Deutschland keinerlei mili-
tärliche Streitkräfte unterhalten werden dürfen, mußte,
um das wirtschaftliche Herz Deutschlands nicht völlig
schutzlos zu lassen, an die Schaffung einer staats-
lichen Sicherheitswehr gegangen werden, die,
ohne ausgesprochen militärischen Charakter zu tragen,
in polizeitechnischer Hinsicht völlig auf der Höhe ihrer
wichtigen Aufgabe steht, im Industriegebiet die Auf-
rechterhaltung der Ruhe und Sicherheit zu gewähr-
leisten. Die Vorarbeiten sind jetzt soweit gediehen,
daß in absehbarer Zeit die staatliche Sicherheitswehr
in den Städten Bochum, Gelsenkirchen und Essen in
Funktion treten kann. Unausgesprochen werden die Mann-

schaften in besonderen Formationen zusammengestellt
und erfahren eine gründliche polizeiliche Ausbildung.
Die Besetzungen in den Rheinlanden. Die im
Brückenkopfgebiet von Rehl und in der Umgebung
Straßburgs befindlichen Festungswerke bleiben nach
einer Verfügung der französischen Behörden bis zum
Ende der französischen Besetzungszeit erhalten. Da-
gegen müssen sämtliche noch in den Rheinbrückenköpfen
befindlichen Festungswerke entfernt werden, dar-
unter auch die Festungswerke von Stein, gegenüber
dem Oberelsaß, deren Schleifung nahezu vollendet ist.
Generalfreist in der Berliner Metallindustrie.
Die Hoffnung, daß es den besonnenen Elementen unter
den Metallarbeitern gelingen würde, den Generalfreist
und damit einen eventuellen Zusammenbruch des ganzen
Zarftwerkes zu verhindern, hat sich nicht erfüllt. Die
Arbeitgeber sind der Ansicht, den Arbeitern bereits
die weitestgehenden Zugeständnisse gemacht zu haben
und lehnten deshalb das kurzfristige Ultimatum der
Arbeitnehmer auf Wiedereinführung der ehemaligen Be-
trauensleute ohne Neuwahlen ab. Daraufhin wurde,
nachdem bereits einzelne Verbände und Betriebe in
den Ausstand getreten waren, in einer stark besuch-
ten, tumultuösen Versammlung der Generalfreist proklamiert.
Der Reichsarbeitsminister, der ursprünglich beab-
sichtigt hatte, seine Vermittlung anzubieten, hat dieses
Angebot bei der jetzigen Lage zurückgezogen. Das
Reichsarbeitsministerium ist nach wie vor bereit, eine
Vermittlung anzubahnen, doch ist die Aussicht auf einen
Erfolg unter den obwaltenden Umständen sehr gering.
Der Metallarbeiterfreist hat sich schon darauf ausgebeutet,
daß mit der Befolgung der Generalfreistparole zu
rechnen ist. Der Generalfreistbeschlus steht übrigens
im Widerspruch mit den Statuten des Metallarbeiter-
verbandes. Diese belegen ausdrücklich, daß ein Ge-
neralfreist nur beschloffen werden kann, wenn zwei
Drittel der beteiligten Arbeiter in geheimer Abstim-
mung sich dafür erklären. Solche geheimen Abstim-
mungen haben aber nirgends stattgefunden.
Rundschau im Auslande.
Dem tschechischen Führer Dr. Kramarsch ist von einer
demokratischen Gruppe russischer bürgerlicher Politiker die
Präsidenschaft der russischen Republik angeboten worden.
Der Chef der englischen Militärmission im Baltikum,
General Gough, sowie das Mitglied dieser Mission, Ge-
neral Burt, sind von der englischen Regierung abbe-
rufen worden.
**Das Ergebnis der Wahlen für den Londoner Ge-
meinderat** sowie für die Gemeinderatswahlen einer großen
Anzahl von Orten im Lande hat einen Sieg der Arbeiter-
partei ergeben.
Das ratifizierte Friedensinstrument aus Japan wird
Anfang Dezember in Paris erwartet.
In Kairo (Ägypten) ist es neuerlich zu ernstlichen Un-
ruhen, Plünderungen und Straßenkämpfen gekommen, bei
denen mehrere Menschen getötet wurden.
Der Emir von Buchara sandte an den General Denikin
ein Schreiben, worin er ihm die Unterstützung bei der Be-
kämpfung der Bolschewisten in Turkestan anbietet.
Böhmen: Die Betrüger in den tschechischen Ministerien.
Der Sektionschef im Finanzministerium, Pirat, ist
wegen Versuches der Verschönerung des Ministers der auswärti-
gen Angelegenheiten verhaftet worden und im Zusammen-
hange damit auch der Oberdirektor der tschechischen Wägers
Kreditbank, Tuma. Die Kontrollabteilung des Finanzministe-
riums hat bei einer Revision festgestellt, daß die Wägers
tschechische Agrarbank große ungeklärte Kollisionsfälle be-
trieb und u. a. 15 000 Wägers Kohlen widerrechtlich ver-
kaufte. Die beteiligten Beamten haben dabei etwa ander-
halb Millionen Kronen vertrieben. Zahlreiche Beamte wur-
den in Haft genommen. Mehrere „Geschäfte“ treiben auch
andere tschechische Banken.
Ausland: Ein neues Friedensangebot Sowjetrusslands.
In Moskau fand unter Lenins Vorsitz eine Konferenz
statt, in welcher die tschechische Regierung das neue Friedensangebot
der russischen Sowjetregierung bekannt gegeben hatte. Die
Konferenz erklärte sich mit dem neuen Angebot einver-
standen, doch wurde auf einen Antrag Sinowjews be-
schlossen, den Inhalt des Friedensangebots zuerst den Trup-
pen an der Front bekannt zu geben und sie dann darüber ab-
stimmen zu lassen, ob das Friedensangebot den Entente-
mächten überreicht werden soll. Das Ergebnis der Abstimmung
wird für die Regierung entscheidend sein.
Vereinigte Staaten: Der Bergarbeiterfreist.
Der „Newport Times“ zufolge wurde ein Erlaß der
Regierung veröffentlicht, nach dem die Führer der Gewerks-
chaften weder schriftlich noch mündlich die Ablehnung der Unter-
stützung des Streikbrechens erwidern dürfen, daß sie weiter
alle Befehle bezüglich des Streikbrechens rückgängig machen
müssen und daß sie keine weiteren Handlungen, die den
Streik fördern könnten, unternehmen dürfen. Sie dürfen
auch keine Streikbrechungen ausführen oder Streikbrecher
bilden. Die Führer der Gewerkschaften werden einer Ver-
schönerung zur Herabsetzung der Erzeugung und zur Ver-
hinderung des Eisenbahnverkehrs beschuldigt, indem sie den
Eisenbahnen die Kohlen vorenthalten. Die Regierung hat
die Verwaltung aller bühnen-er Steinbrüche in Ame-
rika auf sich genommen. Die Zahl der Streikenden in den
Kohlenbergwerken wird auf 735 000 geschätzt, 100 000 bis
200 000 Grubenarbeiter arbeiten weiter. — Die Regierung
hat 52 Infanterie-Regimenter, 24 Regimenter Kavallerie,
4 Regimenter Artillerie und 20 Maschinengewehr-Regimenter
für die Bewachung der Bergwerke zur Verfügung gestellt.
Es wird ein Streik der Eisenbahnarbeiter befürchtet.

Kirche, Schule und Mission.

Schülerzeitung statt Schullesebuch.

In der sozialistisch-pädagogischen Halbmonatschrift „Die
neue Erziehung“ tritt Richard Pauli für den Ersatz der
veralteten Schullesebücher durch die Einführung einer
Schülerzeitung ein. Er schreibt: „An die Stelle des Schul-
lesebuches tritt die Schülerzeitung. Sie wird von sach-
kundiger Seite an zentraler Stelle aufgestellt und auf
Kosten der schulunterhaltungspflichtigen Gemeinden an die
Schulen allwöchentlich verschickt. Die Kinder erhalten die
Zeitung unentgeltlich und haben damit den Lesestoff für
die Woche. Damit den landwirtschaftlichen Verhältnissen
Rechnung getragen werden kann, hat z. B. jede Provinz ihre

eigene Schülerzeitung, die in drei Ausgaben für Unter-, Mittel- und Oberstufe auch dem geistigen Entwicklungsstandpunkt der Kinder Rechnung tragen kann. Damit wird gleichzeitig auch ein förderlicher Wettstreit angeregt. Die Zeitung muß natürlich unpolitisch sein, soll aber im Dienst der neuen Staatsordnung stehen. Es wäre zu erwägen, ob sie nicht auch für die Oberstufe kurz und ohne Kritik über die wichtigsten Ereignisse der letzten Woche berichten könne. Sie soll Aufsätze aus allen Gebieten des Schulunterrichts bringen. Ernst und Scherz sollen gleichmäßig auf ihre Rechnung kommen. Künstlerische Abbildungen würden ihren Wert vermehren. Die Lesefibel kann und soll die Schülerzeitung natürlich nicht ersetzen."

Warum gleich alles beseitigen? Als wenn die alten, lieben Schullehrer gar keinen erzieherischen Wert hätten. Wie mancher hat, nachdem die Schuljahre lange, lange Zeit zurück liegen, immer wieder Freude an dem, was gerade die alten Lehrbücher an sorgfältig ausgewähltem Stoff ihm einst boten. Die Kernpunkte deutscher Literatur, deutscher Kunst und deutschen Volkslebens waren sicher nicht vernachlässigt, wenn auch mancher Pädagoge weitergehende Wünsche hatte. Der Drang nach freier Gestaltung des Stoffes und der Lehrrhythmus braucht nicht gehemmt zu werden. Aber nach dem, was wir erlebt haben in diesem Revolutionsjahr, kann man sich der Sorge nicht erwehren, daß unter den freizeitlichen Experimenten der geordneten und geübten Schulbetriebe überhaupt leidet.

Wenn der angeregte Gedanke einer Schülerzeitung von wirklich tüchtigen Leuten, denen ohne alle Nebenabsichten eine gesunde Erziehung des jungen Geschlechts Herzenssache ist, durchgeführt wird, könnte viel Gutes damit erreicht werden.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 6. November 1919.

Jahresfest des Bielefelder Blaukreuzvereins. Nach einer mehrjährigen Pause während der Kriegszeit feiert der Bielefelder Blaukreuzverein in diesem Jahre, am Sonntag, den 9. November, wieder ein Jahresfest. Die Blaukreuzfestpredigt wird um 10 Uhr morgens in der Johannis-Kirche gehalten. Festprediger ist der Vorsitzende des Vereins Pastor Hammer-Schmidt. Der gemischte Chor und der Posaunenchor des Vereins wirken im Festgottesdienst mit. Im Anschluß an den Festgottesdienst findet ein gemeinsamer Gang der Vereinsmitglieder zum heiligen Abendmahl statt. Die Nachfeier in der Blaukreuzhalle beginnt nachmittags 3 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken, Vorträge des gemischten Chors, des Posaunenchores, Deklamationen. Die Nachfeier ist verbunden mit der feierlichen Aufnahme neuer Mitglieder und der Enthüllung einer Gedächtnistafel für die Gefallenen des Vereins. Im Mittelpunkt der Nachfeier wird eine Evangelisationsansprache stehen mit Thema „Aus der Tiefe in die Höhe“ (P. Rühlo-Neufeldt). Die zahlreichen Freunde der Jahresfeier des Blaukreuzvereins werden sehr herzlich eingeladen, an unserem Jahresfest teilzunehmen. Kaffeekarten sind bei den Mitgliedern und in der Halle zu haben.

Gustav-Adolf-Verein. Die Anordnung der Regierung, wonach in der Zeit vom 5.—15. November jeder Personenverkehr auf den Eisenbahnen ruhen soll, macht es leider unserm Festprediger Pastor Debelind aus Eibersfeld unmöglich, am nächsten Sonntag nach Bielefeld zu kommen. Die Predigt im Hauptgottesdienst der Neustädter Kirche wird dafür Pastor Kühne, der Vorsitzende des Gustav-Adolf-Vereins, halten; die Abendversammlung mit dem schon angekündigten Vortrag über „Die Auswanderer und die deutsche evangelische Auslandsdiaspora“ muß leider ausfallen. Die Freunde der Gustav-Adolf-Vereins-sache werden gebeten, sich zahlreich an dem Festgottesdienst zu beteiligen.

Aufruf!

Schwere Nahrungssorgen pochen im kommenden Winter an unsere Türen. Hunger und Kälte drohen mit Unzufriedenheit und Beunruhigung. Auf Unzufriedenheit hoffen all jene unruhigen Elemente, die uns von neuem Umsturz bringen möchten. Das würde uns den letzten Rest von Volkskraft rauben, uns vollends zum Sklaven unserer Feinde machen, unser armes Volk in ein Blutbad stürzen.

Da helfe, wer helfen kann! Helfen kann jeder, der sein Volk liebt. Helfen kann, wer Schieber und Wucherer bekämpft bei jeder einzelnen Gelegenheit. Helfen kann, wer sich selbst jede Entbehrung auferlegt, sich von allem Luxus fernhält und offen mit eigenem Beispiel durch Einfachheit in seiner Lebenshaltung anderen vorangeht. — Helfen kann, wer unserm Volke das Gewissen schärft und an seinem Teile dazu beiträgt, daß die Autorität vor Gesetz und Behörde geachtet wird. Helfen kann, wer allen Hamstern die Türe weist. — Helfen kann, wer nicht bei jeder noch so empfindlichen Entbehrung Unruhe in die Massen trägt. — Helfen kann, wer die Gegenstände, die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, dieser reiflos zuführt; — neben der Kartoffelnot bedrohen Milch- und Fettnot unser Volk heute stärker denn je. Es ist schwer, wochenlang ohne Butter leben zu sollen. Es ist fürchterlich, unsere Kinder aus Milchmangel dahinsiechen zu sehen.

Darum helfe, wer helfen kann. Helfe, wer sein Volk liebt. Wer helfen kann, muß helfen. Sonst ist er mitschuldig am völligen Ruin unseres Volkes. Wer möchte solche Schuld auf sich laden?

Jeder Stand wirke ernstlich auf seine Standesgenossen, sich den Pflichten, die der Ernst der Stunde auferlegt, nicht zu entziehen.

Ich bin dankbar für jede Mithilfe, dankbar für jeden Rat und hoffe so, schwerer Maßnahmen überhoben zu werden.

Minden, den 30. Oktober 1919.

D. Dr. von Campe, Regierungs-Präsident.

Städt. Kartoffelverkauf. Da die Kartoffellieferungen durch die Stadt überwiesenen Lieferkreise wegen der geringen Ernte, der schlechten Transportlage und des augenblicklichen Wetters nur in ganz kleinen Mengen eingeht, so müssen diese einstweilen mit einer Wochenmenge von 7 Pfund an diejenigen Einwohner ausgegeben werden, welche bisher noch nicht 1 Zentner Kartoffeln bekommen haben. Infolgedessen muß der Verkauf auf dem Ostbahnhof zur Wintereinfuhr einige Zeit eingestellt werden. Sobald er infolge besserer Lieferung wieder aufgenommen werden kann, werden die öffentlichen Anschläge an den bekannten Stellen wieder erscheinen.

Der Kleinverkaufspreis für die wöchentlichen Mengen von 7 Pfund auf Umtauschkarte A ist in Abänderung der Bekanntmachung vom 4. November auf 74 Pfg. für 7 Pfund festgesetzt.

Milchversorgung. Der starke Schneefall hat einen erheblichen Rückgang der Milchzufuhr zur Folge gehabt, so daß für den 4. 11. 1919 den Kindern im 2. bis 6. Lebensjahre, sowie den hoffenden Müttern und alten Leuten über 80 Jahre je ¼ Liter gekürzt werden mußte. Am 5. 11. 1919 und folgenden Tagen wird nur den Kindern im 4. bis 6. Lebensjahre und den alten Leuten über 80 Jahre je ¼ Liter gekürzt.

Sobald sich die alten Rationen wieder herstellen lassen, erfolgt Bekanntmachung.

Der Turnfuss, den der Minden-Ravensberger Turngau — Kreis 8a, Westfalen und Lippe, der Deutschen Turnerschaft — zur Ausbildung von Porturnern für den 8. und 9. November in der Turnhalle der „Turngemeinde-Arminia“ in Bielefeld angekündigt hat, muß infolge der Eisenbahnsperrung verschoben werden. Die Anderräumung eines neuen Termins wird durch die Tagespresse bekannt gegeben.

Bethel. (Haus Heilgarten.) Seit Anfang des Krieges waren in Bethel fast 2000 Plätze für Lazarettzwecke zur Verfügung gestellt. Da die Anstalt mit ihren mancherlei Abteilungen für Krankenpflege und Chirurgie sich besonders dafür eignete, wurden einige Stationen mit Amputierten besetzt und gleichzeitig eine Gliedererschabteilung eingerichtet. In diesen Abteilungen sind bis jetzt 3400 Amputationen vorgenommen und mehr als 3000 künstliche Glieder geliefert worden, die zum großen Teil in eigenen Werkstätten angefertigt sind. Außerdem lieferte die Stelle 1200 Paar orthopädische Schuhe und die der Station angeschlossene Berufsberatungsstelle ist in 10 000 Fällen in Anspruch genommen worden.

Nachdem jetzt die meisten Anstaltshäuser von Soldaten geräumt sind, hat man nur noch einige hundert Plätze gelassen für Amputierte und sehr schwer Beschädigte, die von der Militärverwaltung auch weiterhin hierher überwiesen werden. Die Hauptarbeitsstätte mit Anpassungswerkstätte für künstliche Glieder, besonders dem von Universitätsprofessor Sauerbruch-München konstruierten künstlichen Arm ist in dem neu eingerichteten Hause „Heilgarten“ untergebracht. Herrn Sanitätsrat Dr. Mosberg, welcher auch während des Krieges die orthopädische Abteilung leitete und reiche Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt hat, ist diese Arbeit auch weiter unterstellt. In „Heilgarten“ und auch in den Werkstätten der Anstaltsbetriebe stehen eine große Anzahl Arbeitsplätze für Kriegsbeschädigte zur Verfügung, um den so hart Betroffenen Gelegenheit zu bieten zur Ausbildung in den verschiedenen Handwerken. Mancher, der mit Mithrungen und Verzagtheit in die Zukunft schaute, hat hier wieder neue Freude am Leben gewonnen und ist dankbar, den Weg gewiesen zu bekommen, in nützlicher Tätigkeit an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes mit helfen zu können. Möge die Arbeit, die hier in „Heilgarten“ getrieben wird, noch vielen zum Segen werden.

Ablieferung der eingelösten Kartoffelbezugscheine.

Alle Kartoffelerzeuger des Landkreises Bielefeld, welche Kartoffeln auf Bezugscheine verkauft haben, werden hierdurch gebeten, die Abschnitte „B“ der Bezugscheine, soweit solche noch nicht gelöst sind, umgehend an uns einzusenden.

Bielefeld, den 4. November 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Butterverkauf im Landkreis Bielefeld.

Am Freitag und Sonnabend dieser Woche gelangen für die Fettversorgungsberechtigten in den Butterverkaufsstellen auf die für den 7. und 8. November gültigen Zeitmarke 60 Gramm Margarine zu 59 Pfg.

zur Verteilung. Die Krankenmarken über 50 Gr. ebenfalls für die Woche vom 7. und 8. November gültig werden mit 50 Gramm Butter zu 46 Pfg. beliefert.

Die Ausgabe für die Butterverkaufsstellen erfolgt ab Donnerstag früh und zwar Margarine vom Lager der Bezirksfettstelle (Konsum-Verein), Butter vom Lager Rohrteichstraße des Kriegswirtschaftsamtes.

Die Verkaufsstellen haben nach stattgefundenem Verkauf ihre Bestände bis spätestens Dienstag, den 11. November im Kriegswirtschaftsamt, Zimmer 22, aufzugeben.

Bielefeld, den 4. November 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Am Montag, den 17. November 1919, mittags 12 Uhr, soll im Rathaus, Zimmer 78, der an der Neustädterstraße belegene städtische Bauplatz in Größe von etwa 350 qm öffentlich zum Verkauf ausgesetzt werden. Die Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben. Sie können auch vorher im Rathaus, Zimmer 43, eingesehen werden.

Der Magistrat Bielefeld.

Letzte Nachrichten.

Der Bielefelder Oberbürgermeister von den Franzosen ausgewiesen.

Oberbürgermeister Dr. Gläffing von Bielefeld hat Montag früh den Ausweisungsbefehl der Franzosen erhalten. Er mußte innerhalb 48 Stunden in Begleitung eines französischen Gendarmen das französische Gebiet verlassen. Bereits am Sonntag traten der Magistrat und die Führer aller politischen Parteien zu einer Sitzung zusammen, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Man beschloß einstimmig, da die Ausweisung des Oberbürgermeisters auch nicht den geringsten Anlaß zu irgendwelcher Beschwerde gegeben hat, bei den Franzosen auf das Nachdrücklichste Einspruch zu erheben.

Die Durchführung des Waffenstillstandes.

Wie von maßgebender Seite gemeldet wird, hat der Oberste Rat Montagabend dem Führer der deutschen Friedensdelegation in Paris, Freiherrn v. Lersner, und dem deutschen Vertreter bei der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf eine Note überreichen lassen, deren Gegenstand die angeblich von Deutschland noch nicht erfüllten Waffenstillstandsbedingungen sind. Die Note ist am Dienstag nachts dem Auswärtigen Amt übermittelt worden. In der Note wird gefordert, daß Deutschland sich zu einer genauen Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen verpflichten soll, auch nach dem der Friede in Kraft getreten ist. Die Abgabe einer derartigen Verpflichtungserklärung wird zur Voraussetzung für die Aufnahme des Protokolls über die Friedensratifikation, also zur Voraussetzung für das Inkrafttreten des Friedens, gemacht.

Die „Provinz Oberschlesien“.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ von unfernteter Seite erzählt, entspricht es den Tatsachen, daß die Verklündung der Provinz Oberschlesien unmittelbar bevorsteht. Die naturgemäß komplizierten finanziellen Verhandlungen werden bis zum April nächsten Jahres vertagt werden. Zunächst wird formell das bisherige Schlesien in eine Provinz Niederschlesien mit Breslau und in eine Provinz Oberschlesien mit Oppeln als Hauptstadt geteilt. Aufeinander ist die Bestellung des Regierungspräsidenten Bitter als Oberpräsident der Provinz Oberschlesien aus finanziellen Gründen auf Schwierigkeiten gestoßen und Regierungspräsident Bitter wird Oberschlesien zunächst nur als kommissarischer Oberpräsident verwalten. Die Schaffung von Oberschlesien als eigene Verwaltungseinheit wird perfekt mit der sofort zu erwartenden Veröffentlichung in der preussischen Gesetzessammlung. Die schnelle Regelung der Frage ist vom nationalistischen Gesichtspunkte aus zweifellos zu begrüßen, denn sie ist geeignet, das Mißtrauen, das bei der ober-schlesischen Bevölkerung durch die Verhandlungen in der Landesversammlung hervorgerufen wurde, zu beseitigen.

40 000 Kinder vor dem Hungertode.

Von maßgebender deutscher Seite wird im besetzten Gebiet ein Notruf über die trostlose Milchversorgung im Saargebiet veröffentlicht. Darin wird ausgeführt, daß für 230 000 Versorgungsberechtigten im Saargebiet eine Mindestmengenmenge von 42 000 bis 45 000 Liter täglich notwendig sei. Da trotz der nicht unangestrichenen Futterernte dem Saargebiet tatsächlich aber täglich nur 12 000 bis 13 000 Liter zur Verfügung stehen und mit einem weiteren erheblichen Rückgang in aller nächster Zeit mit Bestimmtheit gerechnet werden muß, so rechnet man an ausländischer Stelle mit einer Katastrophe hinsichtlich der Milchversorgung der Säuglinge im Saargebiet. Rund 40 000 Kinder stehen vor dem Hungertode; von Einzelgemeinden, die nicht mehr in der Lage sind, die Kinder bis zu zwei Jahren zu versorgen, wird bereits heute über Massen-erkrankungen und Massensterbefälle der Kinder geklagt.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraus, Bethel. — Druck und Verlag: „Friedrichs-Verlag“ in Bielefeld. Fernruf 74. Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Lohstraße 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Anzeigen und Abonnements, an die Geschäftsstelle: „Friedrichs-Verlag“, Bielefeld, Lohstraße 141. Fernruf 74.

Suche für den g. meinsten Haushalt meines Vaters und Bruders nicht zu junges Mädchen

für alle Hausarbeit. 3 Erwachsene, 4 Kinder. Lohn M. 40.— Anzeigebriefe man an Ludwig Schwabe & Co. in Bielefeld, Lohstraße 20. Diakon W. Schwedes.

Jg. Mädchen

(18 Jahre), das die höhere Handelsschule besucht und schon etwas Erfahrung hat, sucht dauernde Stellung. W. R., Bielefeld, Welle 171.

Chlor Kautschuk

aus einem Kautschuk hergestellt, tablettiert, schmelzbar, wird in großen Mengen geliefert und ungekaut, jedes Quantum lieferbar. Probieren und Preisliste M. 6.— gegen Nachnahme. L. Sorg, Bielefeld a. M., Gabelstraße 15.

Es liegt in Ihrem Interesse

bei Bedarf von weiblichem Haus- oder Küchenpersonal im Aufwärts zu inserieren.

Jeder Christ muß lesen: Das Jenseits,

der Zustand der Verstorbenen bis zur Auferstehung. Eine gläubige Erfahrungsgeschichte, kein Phantasieprodukt. Mit 2,75 franko Voreinsendung oder M. 3.— Nachnahme. Haupt- und Versandbuchhandlung Paul Enigk, Prenzlau 1.



Ausgab
Zu es
Sagt d
Zu sch
Und d
Schlech
Von P
Und d
Nicht
Es wir
Von Regie
Die im
Streiks
deutschen
andere ge
Gewiß habe
Nachteile, a
aus meiste
Lebensinter
Streiks. Z
der wenig
gemäß fina
aber nur i
nichtung vo
stellung ein
Küchenfabri
Rand trete
Beendigung
weil sie eb
Jägerung n
Streik eben
Frage geste
wirtschaft, d
Ganz z
wirken. Se
der Ernte
dingt zu
ungsmi
bessen das
wirtschaft
mäßigen B
Kobitz, ein
drängt sich
nach ihrer
men und i
der Witter
und bekann
der Ernte
durch einen
logisch ein
Arbeiten u
lang des S
vornherein
oder Trocke
ins Unmög
Man ma
in der Land
gerufener
beizverwe
schwere Ne
geran werde
nur dadurch
macht werd
behrungsfä
niemand, d
nährung de
und daß m
weiteres du
gangen. M
früheren Fe
Korn zu sch
unserer Wal